



Vorgestellt:

Christin Willnat

Abgeordnete des deutschen Bundestages

Wenn es um soziale Gerechtigkeit, Menschenwürde und Wertschätzung geht, kommt man in Brandenburg an der Havel an der 39jährigen nicht vorbei. Christin Willnat ist dort Kreisvorsitzende der Linken, Vorsitzende des Stadtteilbeirates Hohenstücken und seit der Kommunalwahl 2024 Stadtverordnete im Stadtentwicklungs-, Sozial- und Finanzausschuss. Seit 2025 ist die Patchwork-Mutter von vier Kindern eine der drei Brandenburgischen Linken, die in den Bundestag gewählt wurden. Sie ist eine der 64 Abgeordneten der Linksfraktion. Noch steht nicht fest, in welchen Ausschüssen sie arbeiten wird. Aus ihrer beruflichen Praxis als Integrationshelferin und Übersetzerin kennt sie sich aus mit

Migration, zunehmender Kinder- und Altersarmut. Fast alle anderen Parteien wollen weiterhin bei den Sozialleistungen sparen. Der Koalitionsvertrag der künftigen Regierung spricht Bände darüber.

„Wer Armut bekämpfen will, muss Reichtum umverteilen, für auskömmliche Löhne und für gleiche Bildungschancen sorgen“, ist Christin überzeugt.

Die Bundesregierung hat bei der Armutsbekämpfung versagt. Das bestehende Beratungs- und Unterstützungsangebot erreicht mangels konkreter gesetzlicher Anspruchsgrundlage und vielfältiger Barrieren nur einen geringen Teil der Betroffenen.

„Ich werde mich für die Einführung des Rechts auf kostenfreie Schuldenberatung für

Alle einsetzen. Die schnelle Umsetzung der Verbraucher-kreditrichtlinie in nationales Recht ist dazu Chance und Notwendigkeit und trägt gleichermaßen zum Schutz vor Armut und zur Verbesserung der Verbraucherrechte bei.“, erläutert sie.

Sie kämpft seit Jahren für soziale Gerechtigkeit und macht sich für Benachteiligte stark, auch durch die Gründung des Vereins „Antidiskriminierungsstelle Brandenburg an der Havel e.V.“ Das begann mit ihrer beruflichen Arbeit als Dolmetscherin und Integrationshelferin für geflüchtete Menschen. Dabei war und ist ihr wichtig, dass Menschen, die auf der Flucht vor Not und Verfolgung in unser Land gekommen sind, eine Chance auf ein neues



Leben und eine erfolgreiche Integration haben.

Als Bundestagsabgeordnete will sie auch für die Menschen in Ostprignitz-Ruppin da sein, ihnen zuhören und ihnen eine Stimme im Parlament geben. Deshalb wird sie im Landkreis ein Wahlkreisbüro einrichten und dort so oft es geht auch für Sprechstunden und Veranstaltungen vor Ort sein.

■ ■ Gerlinde Krahnert

Statistische Angaben zum 21. Deutschen Bundestag

Der neue Bundestag besteht aus 630 (vorher 703) Mitgliedern, darunter 230 Neugewählte. 400 Abgeordnete waren bereits Mitglied des 20. Bundestages, 333 Abgeordnete sind zum Ende der laufenden Wahlperiode ausgeschieden.

Die zahlenmäßig stärkste Altersgruppe ist die der 50- bis 59-Jährigen, der im neuen Bundestag 186 Abgeordnete angehören, gefolgt von 177 Parlamentariern im Alter von 40 bis 49 Jahren. 143 Abgeordnete sind 30 bis 39 Jahre alt, 84 zählen 60 bis 69 Jahre, 32 sind jünger als 30 Jahre

und acht sind 70 Jahre alt oder älter. Die Altersspanne im neuen Parlament reicht von 23 bis 84 Jahre.

Mit mehr als 30 Jahren im Bundestag ist Gregor Gysi zudem dienstältester Abgeordneter der 21. Wahlperiode. Was den Beruf oder Stand der 630 Abgeordneten angeht, so führt mit deutlichem Abstand der Bereich „Unternehmensorganisation, Recht, Verwaltung“ mit 459 Personen (Die Linke: 6). Es folgen Gesundheits-, Lehr-, Sozial- und Erziehungsberufe mit 45 (Die Linke: 15) und der Bereich „Sprache, Literatur, Gesellschaft, Wirtschaft, Medien,

	Abgeordnete	Anteil Frauen (Anzahl/%)	Durchschnittsalter (Jahre)
Bundestag gesamt	630	204/32,4	47,1 (Frauen: 44,8/ Männer: 48,2)
CDU/CSU	208	48/23,1	48,3
SPD	120	50/41,7	47,6
AfD	152	18/11,8	50,7
Grüne	85	52/61,2	42,3
Die Linke	64	36/56,2	42,2

Kultur“ mit 44 (Die Linke: 29) Personen. 20 Parlamentarier (Die Linke: 5 Schlosser/Friseur/Kfz.-Mechatroniker/Forstwirt/Arbeiter) ordnet die Bundeswahlleiterin den Rohstoffgewinnungs-, Produktions-, Fertigungsberufen

zu, 16 (Die Linke: 5) kommen aus dem Bereich „Kaufmännische Dienstleistungen, Vertrieb, Tourismus“ und aus den „sonstigen“ Berufen 15 (Die Linke: 4 – ein Azubi und 3 Studierende).

■ ■ Jürgen Schubert

Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft

Diese alte Weisheit ist heute aktueller denn je. In einer politisch und ökonomisch unsicheren Zeit ist es notwendig, in die Zukunft zu schauen, in sie zu investieren.

Aber, was und wer soll die Zukunft in Brandenburg gestalten? Das kann und muss unsere heutige Jugend. Das kann sie aber nur, wenn sie gut gebildet ist. Bildung fängt in der Kita an, findet aber hauptsächlich in der Schule statt. Deshalb sollte und muss Bildung Priorität der Politik haben.

Augenscheinlich sieht das unsere SPD-BSW-Landesregierung anders. Entgegen den

Erfordernissen wird an allen Ecken im Bildungsbereich gespart. Trotz massiver Proteste von Lehrern, Schülern, deren Eltern und Großeltern und Gewerkschaften beharrt unsere Landesregierung auf einem Einstellungsstopp für Lehrer (auch Quereinsteiger). Stattdessen sollen Lehrer eine Stunde mehr die Woche arbeiten, freie Stellen werden nicht mehr besetzt und Lehrer von anderen Schulen sollen die „Löcher“ stopfen. Das führt dazu, dass eine ausgebildete Chemielehrerin an der ihr zugewiesenen Schule die Fehlstunden in Biologie oder Geografie durchführen muss. Welches Niveau

dieser Unterricht hat, kann sich wohl jeder vorstellen! Wie der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab 2026 erfolgen soll, steht in den Sternen, da das Bildungsministerium dafür noch keinen verbindlichen Plan hat. Wie die daraus resultierende Mehrarbeit der Horterzieher aussehen soll – auch darauf gibt es keine Antwort.

Aber auch im Kita-Bereich hat die Landesregierung den Rotstift angesetzt. Entgegen der Versprechen wird der Betreuungsschlüssel (Anzahl der Kinder pro Erzieher) ab August 2025 nicht verbessert. Seit Jahren beklagen sowohl Schulleitungen – aber vor allem auch Eltern – einen massiven

Unterrichtsausfall und eine Überalterung der Lehrkräfte in Brandenburg.

Die Schulabbrecherquote ist extrem hoch und die Ausbildungsbetriebe beklagen ein mangelndes Grundwissen der Azubis, die ihren Abschluss an Brandenburger Schulen gemacht haben. Das scheint aber das seit Jahren von der SPD geführte Bildungsministerium nicht zu interessieren.

Absolut enttäuschend ist hierbei die Rolle des BSW. Hatten doch viele Wähler gehofft, dass mit dem BSW eine Kraft, die sich für Bildung stark macht, in die Regierung kommt – weit gefehlt.

■ ■ Achim Müller

Ist Die Linke doch für Aufrüstung?

Die Linke kämpft im Bundestag gegen die Aufrüstung. Deshalb hat sie Mitte März gegen den 500-Milliarden-Kredit zur Aufrüstung gestimmt. Doch im Bundesrat, der Länderkammer, haben Bremen und Mecklenburg-Vorpommern dafür gestimmt, obwohl die Linke dort mitregiert. Ist das ein Widerspruch?

Heidi Reichinnek, Co-Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Linken erklärte dazu im Interview mit der Zeitschrift JACOBIN: „Das Nein zur Aufrüstung ist vollkommen klar, auch

die Landesverbände sagen ganz klar, sie wollen keine Aufrüstung. Die Länder wurden am Ende erpresst.“ Die Länder hätten zu wenig Ressourcen und zu viele Aufgaben. Deshalb habe der neue Spielraum gelockt, dass künftig 0,35 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt von den Ländern neu an Krediten aufgenommen werden können, so Reichinnek. „Wenn ich beispielsweise mit unserer Senatorin in Bremen spreche, sagt sie mir, wenn ich dieses Geld bekomme, kann ich den Frauennotruf und die Obdachlosenhilfe behalten und

viele weitere soziale Projekte, die ich sonst streichen müsste. Die sehen das natürlich aus der Länderperspektive und ich kann das nachvollziehen.“

Zwar haben die linken Regierungsmitglieder in Mecklenburg-Vorpommern und Bremen ihre ablehnende Haltung gegenüber der massiven Aufrüstung zu Protokoll gegeben, aber letztlich dennoch dafür gestimmt.

Wie man künftig mit einem solchen Widerspruch zwischen den Interessen der Länder und des Bundes umgehen will, darüber habe der Parteivorstand beraten, erklärte Parteivorsitzende Ines Schwerdtner.

Weit entfernt sei man aber von Schuldzuweisungen. Das Klima der Zusammenarbeit und Akzeptanz der letzten Monate bleibe erhalten. Die Partei sei eine lernende Partei und werde neue Formate und Verbindlichkeiten der innerparteilichen Koordinierung beraten und mit den Landesverbänden vereinbaren, heißt es im Beschluss des Parteivorstandes.

„Wir brauchen einen Mechanismus in der Partei, der bei zentralen Fragen unserer Zeit und bei Entscheidungen, die die Grundfesten des Parteiprogramms betreffen, auch gemeinsame Entscheidungen in Bund und Land ergibt.“

■ ■ Gerlinde Krahnert

Die Linke zum Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD:

Wir bleiben die Stimme für soziale Politik!

Ihren 144 Seiten starken Koalitionsvertrag haben CDU, CSU und SPD am 9. April vorgestellt. Die beiden Spitzenpolitikerinnen der Linken, Heidi Reichinnek und Ines Schwerdtner, haben ihn gleich umbenannt: Aus „Verantwortung für Deutschland“ haben sie „verantwortungslos“ gemacht. Sie sehen kaum Lösungen für die drängenden Probleme dieser Zeit.

Stattdessen stünden Sozialabbau, Überwachung, Aufrüstung, Abschottung und Investitionen, die an den Bedürfnissen der Menschen vorbeigehen, im Zentrum. Der Koalitionsvertrag sei „mutlos, fantasielos und ohne sozialen Kompass“, beschimpfte Schwerdtner. Denn der Blackrock-Kanzler Merz hätte trotz großer Investitionsmittel einen Sparhaushalt

angekündigt. Wofür die beschlossenen 500 Milliarden Euro für Infrastrukturmaßnahmen eigentlich ausgegeben werden sollen, sei unklar. Denn für Kommunen, die extrem unter Finanzierungsdruck stünden, gebe es keine konkreten Vorschläge. Hier wird vor allem auf Bürokratieabbau gesetzt und auf die ohnehin vorgeschriebene Konnexität (wer Aufgaben überträgt, muss sie auch bezahlen) verwiesen. Bundestagsfraktionschefin Heidi Reichinnek ergänzte: Wenn man sozialen Wohnungsbau fördern wolle, warum

sei er dann nicht schon im Infrastrukturprojekt abgesichert? Dass das Rentenniveau bei 48 Prozent gehalten werden soll, sei nicht richtig. Seit der Absenkung von 53 auf 48 Prozent würde inzwischen jeder Fünfte in Altersarmut leben. Die stattdessen propagierte Aktivrente (wer länger arbeitet, erhält bis zu 2.000 Euro steuerfrei im Monat), würde den hart arbeitenden Menschen kaum nützen, so Reichinnek. Eine Rentenrevolution sei nötig.

„Wir bleiben die Stimme für soziale Politik!“

Wichtige Kyritzer Kita-Entscheidung im Mai

Bei der einen Kindertagesstätte in Kyritz sind die umfangreichen Modernisierungsbauarbeiten einschließlich des Neubaus Nachbarschaftshaus auf der Zielgeraden. Zurzeit ist davon auszugehen, dass die Kita „Kunterbunt“ Anfang nächsten Jahres ihr Übergangsquartier in der Ammerländer Straße verlassen und ihr neues Haus beziehen kann. Alles läuft derzeit zeitlich und finanziell im vorgesehenen Rahmen.

Parallel dazu verhandelt die Stadtverordnetenversammlung derzeit über die weitere

Perspektive für die Kita Spatzennest, die sich auch im Wohngebiet „Straße der Jugend“ befindet. Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie wurden alle Varianten betrachtet. Ziel der Studie war es, Grundlagen für einen zeitgemäßen und modernen Weiterbetrieb der Kita zu erarbeiten. Unter Berücksichtigung der Entwicklung der Betreuungszahlen wurde im Ergebnis der Studie die Variante 02 B „Unterbringung von 110 Kindern in einem Neubau“ bevorzugt.

Die bereits gelaufenen Beratungen im Bau- und im

Bildungsausschuss im Vorfeld der Entscheidung am 21. Mai haben gezeigt, dass die vonseiten des Rathauses vorgeschlagene Neubau-Lösung (Ersatzbau für die Kita Spatzennest das Grundstück in der Straße der Jugend 1) sehr umstritten ist. Hier ist unsere LGW-Fraktion derzeit möglicherweise die einzige, die geschlossen den Vorschlag unterstützt. Unabhängig davon ist eine Realisierung im derzeit rechtskräftigen Doppelhaushalt 2025/26 der Stadt nicht vorgesehen, so dass erst mittelfristig mit einer

Umsetzung zu rechnen ist. Genauso einmütig wird sich die Fraktion, an der mit Dieter Groß und Holger Kippenhahn zwei Linke beteiligt sind, hoffentlich auch allen Versuchen der Fraktionen der AfD und BfG entgegenstellen, die Projekte „junges museum“ und letztlich des Gesamtprojektes „Kultur|Kloster|Kyritz“ grundsätzlich in Frage zu stellen.

■ ■ *Holger Kippenhahn, Mitglied der LGW-Fraktion in der Kyritzer Stadtverordnetenversammlung*

Erinnerung bleibt Mahnung Gedenken an den Todesmarsch vor 80 Jahren

Am 21. April 1945, morgens um 2 Uhr, öffneten sich die Tore des KZ Sachsenhausen zur Evakuierung des Lagers. Dem voraus ging ein Befehl von Heinrich Himmler, die Häftlinge in Richtung Ostsee zu treiben, auf Schiffe zu verfrachten und diese im Meer zu versenken, um alle Spuren des Massenmords zu vernichten. Von Seiten der Lagerleitung war nichts vorbereitet – keine Proviantwagen, keine Feldküche, keine Sanitäter, kein Wasser. Für die SS-Lagerleitung gab es nur eins: Die Angst, für alle Brutalitäten zur Verantwortung gezogen zu werden, die sie im Laufe der Jahre begangen hatten – also mussten die Beweise vernichtet werden.

So wurden 30.000 Häftlinge, etwa 25.000 Männer und 5.000 Frauen, auf die Landstraße getrieben und dort dem Hungertod überlassen. Kranke und Erschöpfte wurden durch Genickschuss ermordet. So wurde diese Evakuierung für

tausende Menschen, darunter Antifaschisten aus allen Teilen Europas, zum Todesmarsch.

27 Orte im ehemaligen Kreis Neuruppin und 16 im Kreis Wittstock haben die Elendskolonnen durchquert. Die bekannten Gedenktafeln, aber auch Gräber und einfache Feldsteine, erinnern überall daran. Über 10.000 lagerten im Belower Wald, Hunderte wurden hier und entlang der Straßen ermordet. Auf der Strecke zwischen Herzberg und Neuruppin wurden etwa 90 Häftlinge ermordet, darunter auch polnische KZ-Häftlinge, die hier beigesetzt wurden. An dieser Stelle (Ortslage Wulkow/B167) wurde 1974 von deutschen und polnischen Arbeitern des Stahl- und Walzwerkes Hennigsdorf ein Denkmal zur Erinnerung an den Todesmarsch errichtet und mit Regierungsmitgliedern beider Länder eingeweiht. Anlässlich des 70. Jahrestages wurde das Denkmal durch die Stadt Neuruppin saniert.

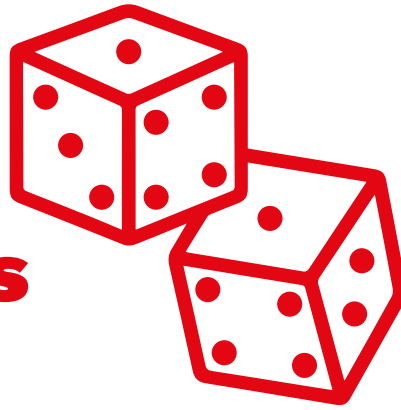


Wenn wir des 80. Jahrestages dieser faschistischen Untaten in den Konzentrationslagern und der Opfer des Todesmarsches gedenken, schließen wir in dieses Gedenken auch den Massenmord an 6 Millionen Juden und die Ermordung von 10.000en sowjetischen Kriegsgefangenen allein im KZ Sachsenhausen mit ein. Für viele Häftlinge schlug die Stunde der Befreiung bereits am 24. April – durch Vorausabteilungen der Roten Armee. Der größte Teil wurde erst am 2. und 3. Mai in Crivitz/MV befreit. Einige Überlebende blieben damals in unserem Kreis:

Walter Gozell, Josef Weil, Paul Högerl und Adolf Drube halfen trotz ihrer angeschlagenen Gesundheit beim Aufbau eines demokratischen Deutschlands. Franz Cyranek, der nicht auf den Todesmarsch geschickt wurde, versorgte mit internationalen Ärzten die zurückgebliebenen Kranken im KZ und wurde später der erste Chef der Kreispolizei in Neuruppin. Angesichts der Erinnerung an den Todesmarsch fordert Die Linke: Nie und nirgendwo darf es wieder rechten Terror geben! Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

■ ■ *Achim Behringer*

Alea iacta est: Premiere des Brettspieltreffs in Neuruppin



Wie zeichnet man einen Wasserfall (nicht) und wie stellt man eine Diebesbande pantomimisch dar? An diesen und anderen Fragen arbeitete sich am Ostermontag eine bunt zusammengewürfelte Gruppe im Büro der Linken in Neuruppin gemeinsam ab.

Der Brettspieltreff „Zum Roten Würfel“ findet künftig jeden dritten Montag im Monat ab 18:30 Uhr in der Schinkelstraße 13 statt. Auf den Tisch kommt alles, was Spaß macht – Klassiker wie Rommé, „Activity“, „Siedler von Catan“ oder auch mal eine komplexe Materialschlacht wie „Andor“. Alle Spielebegeisterten innerhalb und außerhalb der Partei sind herzlich willkommen.



Spiele können gerne mitgebracht werden, ebenso wie (bevorzugt vegane) Snacks und Getränke. Anmeldung nicht erforderlich. Hundegäste gerne nach Absprache.

Fragen und Anregungen an: kv@dielinke-opr.de

■ Sabine Richter

Kurz & knapp

Mit 212 Millionen Euro hat Brandenburg im letzten Jahr den sozialen Wohnungsbau gefördert, daraus resultierten 1269 Wohnungen. Anfang April kündigte Brandenburgs Bauminister Detlef Tabbert (BSW) an, dass man hier sparen müsse. Mitte April ruderte er zurück und versprach, dass die Bundesmittel aus dem Landeswohnungsbauvermögen kofinanziert würden. Proteste

der Wohnungsunternehmen hatten gewirkt.

Mehrstunden für Lehrer? Weniger Bildung für unsere Kinder? Die Landesregierung setzt die falschen Prioritäten – auf dem Rücken derjenigen, die unser marodes Schulsystem am Laufen halten. Die Linke fordert: Mehr Lehrkräfte, bessere Schulen, echte Investitionen! Denn Bildung darf nicht unter schlechten politischen Entscheidungen leiden. Der Einzige, der nachsitzen muss, ist der Finanzminister!

Heidi Reichinneck ist die beliebteste deutsche Politikerin. Bei der jüngsten Insa-

Rankingliste belegte sie nach sechs Männern als erste Frau den 7. Platz.

Bemerkenswert ist, dass vor allem junge Leute für die Co-Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag gestimmt haben.



Termine

Gedenkveranstaltungen zum 80. Jahrestag der Befreiung
Do 08.05.

10 Uhr: Sowjetischer Ehrenfriedhof, Kyritz

10 Uhr: Sowjetischer Ehrenfriedhof, Am Bahnhof, Wittstock

18 Uhr: Sowjetischer Ehrenfriedhof, Rheinsberg

Fr 09.05. // 10-12 Uhr

Marktplatz Kyritz

Lesen wider das Vergessen

Sa 10.05. // 14 Uhr

Kirchplatz, Rheinsberg

Lesen gegen das Vergessen

Sa 17.05. // 13 Uhr

Kreisgeschäftsstelle

Schinkelstraße 13,

16816 Neuruppin

„Hereinspaziert! –

Neuruppiner öffnen ihre

Höfe“

Fr 23.05. // 17 Uhr

Landesgeschäftsstelle,

Alleestraße 3, Potsdam

Treffen der LAG

Rote Reporter



Impressum

Märkische Linke, Meinungsmedium von Die Linke OPR, Herausgegeben von Die Linke OPR Kreisvorstand, Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin, kv@dielinke-opr.de

Redaktion: Hans Schaefer, Jürgen Schubert, Achim Müller, Gerlinde Krahnert, Ronny Kretschmer (V.i.S.d.P.) Satz und Layout: Caroline Cave

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autor*innen nicht unbedingt von Redaktion und Herausgeberin wieder.

Die Redaktion bedankt sich für die Zusendung von Artikeln, Bildern und Informationen.

Spendenkonto für Druckkosten: DE47 1606 1938 0001 6323 61 Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin eG

